



UNMISS nach dem *Revitalized Peace Agreement*

Die *United Nations Mission in South Sudan* (UNMISS) wurde 2011 nach der Unabhängigkeit des Südsudan etabliert, um ein stabiles Umfeld abzusichern und den Staatsaufbau zu unterstützen. Mit Ausbruch des Bürgerkriegs 2013 rückten der Schutz der Zivilbevölkerung, die Sicherung humanitärer Hilfe und die Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen in den Vordergrund. Seit der Unterzeichnung eines neuen Friedensabkommens im September 2018 hat sich die allgemeine Sicherheitslage verbessert, der Waffenstillstand wird jedoch immer wieder gebrochen, Zivilisten¹ sind nach wie vor Ziel von Gewalt.

Der Friedensprozess und das neue Abkommen

Im August 2015 unterzeichneten die Hauptkontrahenten des Bürgerkriegs, Präsident Salva Kiir und sein ehemaliger Vizepräsident Riek Machar (SPLA-IO), das Friedensabkommen ARCSS (*Agreement on the Resolution of Conflict in South Sudan*). Bereits im Juli 2016 kam es erneut zu Kampfhandlungen. 2017 rief der ostafrikanischen Staatenbund *Intergovernmental Authority on Development* (IGAD) das *High-Level Revitalization Forum* (HLRF) ins Leben. Nach einem zähen Verhandlungsprozess wurde im August 2018 eine Übereinkunft über ausstehende Governance-Fragen getroffen ([S/2018/574](#)), die wegbereitend für den weiteren Prozess war. Am 12. September 2018 unterzeichneten – mit Ausnahme einiger Abweichler der *South Sudanese Opposition Alliance* (SSOA) – die südsudanesischen Konfliktparteien das *Revitalized Agreement on the Resolution of the Conflict in South Sudan* ([R-ARCSS](#)).

Machtteilung | Das R-ARCSS ersetzt das Friedensabkommen von 2015. Kerngegenstand ist ein Machtteilungsarrangement bis zu landesweiten Wahlen, die 2022 stattfinden sollen. In einer Vor-Übergangsphase von acht Monaten soll bis Mai 2019 eine Übergangsregierung unter Präsident Kiir, dem ehemaligen Oppositionsführer Machar und Vertretern anderer Unterzeichnungsgruppen gebildet werden.

Weitere Vereinbarungen | Das Abkommen enthält zudem Regelungen zur Umsetzung des Waffenstillstands, der im Dezember 2017 [vereinbart](#) und im Juni 2018 [erneuert](#) wurde. Adressiert werden Sicherheitsmechanismen, humanitäre Hilfe und Wiederaufbau, wirtschaftlichen Fragen und Öl- bzw. Ressourcen-Management sowie die Übergangsjustiz. Weiterhin ist ein Zeitplan über die Umsetzung der einzelnen Bestimmungen Teil des Abkommens. Erste Verzögerungen gibt es insbesondere im Sicherheitsbereich, was zu einem anhaltenden Klima des Misstrauens zwischen den Konfliktparteien beiträgt.

Das Mandat von UNMISS

Seit 2014 ([S/RES/2155](#)) bestehen die Aufgaben von UNMISS im Wesentlichen aus:

- Schutz der Zivilbevölkerung
- Überwachung der Menschenrechte
- Absicherung humanitärer Hilfe
- Implementierung des Waffenstillstandsabkommens und Unterstützung des Friedensprozesses

Nach einer grundsätzlichen Überprüfung des Mandats (*Strategic Review*) Ende 2017/Anfang 2018² erhielt UNMISS im März 2018 die zusätzliche Aufgabe, den Schutz der Zivilbevölkerung auch durch technische Hilfe und Beratung staatlicher und nichtstaatlicher Akteure – etwa in Bereichen wie humanitäres Völkerrecht, strafrechtliche Verfolgung sexualisierter Gewalt und anderer Menschenrechtsverletzungen – zu stärken ([S/RES/2406](#)). Neu ist auch der Auftrag, den Friedensprozess durch gute Dienste zu fördern.

Die Obergrenze der UNMISS-Truppen wurde ab 2014 sukzessive auf 17.000 erhöht. Diese beinhaltet auch eine auf 4.000 Soldaten begrenzte *Regional Protection Force* (RPF), die insbesondere in Juba ein sicheres Umfeld schaffen und frühzeitig gegen Angriffe auf Zivilbevölkerung, UN-Personal oder humanitäre Helfer vorgehen soll. Im November 2018 belief sich die Stärke der RPF auf 2.200 – die Truppen für die RPF werden von Mitgliedsstaaten der IGAD gestellt.

¹ Im Folgenden wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit ausschließlich die männliche Form verwendet. Es können dabei aber sowohl weibliche als auch männliche Personen gemeint sein.

² s. dazu ausführlich [ZIF kompakt 03/2018](#).

Im Januar 2019 bestand UNMISS aus rund 14.900 Blauhelmen, 1.800 polizeilichen Kräften und einer entsprechenden zivilen Komponente. Das gegenwärtige Sicherheitsratsmandat für UNMISS läuft am 15. März 2019 aus. Die Mission wurde zuletzt in ihrer Arbeit behindert: Zugangsverweigerungen beeinträchtigen die Beobachtung und Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen, die Überwachung des Waffenstillstands sowie die Lieferung humanitärer Hilfe, Visa für UN-Mitarbeiter werden zurückgehalten.

Sicherheitssituation, Menschenrechts- und humanitäre Lage

Seit der Unterzeichnung des R-ARCSS hat sich die Sicherheitslage verbessert. Der Generalsekretär spricht in seinem aktuellen Bericht ([S/2018/1103](#)) von Anzeichen, dass die Waffenruhe eingehalten wird, und einer rückläufigen Zahl an dokumentierten Menschenrechtsverletzungen. David Shearer, UN-Sondergesandter für Südsudan und UNMISS-Missionsleiter, [berichtete am 06. Februar 2019](#), dass bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den Konfliktparteien stark zurückgegangen seien. Eine Ausnahme bildete der Süden des Landes. Gleichzeitig würden lokale und ethnische Konflikte weiterhin zivile Opfer fordern.

Seit Ausbruch des Konflikts sind knapp [400.000 Menschen](#) ums Leben gekommen, davon 50% als direkte Opfer von Gewalt. Mehr als 2,3 Millionen sind in Nachbarländer geflohen, knapp 1,9 Millionen sind intern vertrieben ([Stand Dezember 2018](#)). Anfang Februar 2019 befanden sich noch ca. 193.000 Menschen in den innerhalb der UNMISS-Stützpunkte eingerichteten *Protection of Civilians Sites (PoC Sites)* ([UNMISS PoC Update](#)).

2,2 Mio. Kinder gehen nach Schätzungen nicht zur Schule. In seinem Bericht zu [Children and Armed Conflict in South Sudan](#) vom September 2018 spricht UN-Generalsekretär António Guterres von einem alarmierenden Ausmaß an Gewalt gegen Kinder in Form von sexuellem Missbrauch, Ermordung, Zwangsrekrutierung und Entführung.

Laut [UN OCHA](#) werden auch in 2019 7,1 Millionen Menschen, rund zwei Drittel der Bevölkerung, auf humanitäre Hilfe angewiesen sein. Die Bereitstellung ist nicht zuletzt aufgrund von Übergriffen auf humanitäre Konvois schwierig und risikoreich. 2018 kamen zwölf humanitäre Helfer durch Angriffe ums Leben (112 seit Beginn der Mission). Eine frühe Trockenzeit in 2019 könnte die Anzahl derer, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, weiter in die Höhe treiben. Die Weltgesundheitsorganisation sieht zudem ein hohes Risiko für einen Ebola-Ausbruch.

Seit Juli 2018 besteht ein Waffenembargo, das bis zum 31. Mai 2019 gültig ist ([S/RES/2428](#)). Laut aktuellem Bericht ([S/2018/1049](#)) zeichnen sich Indizien dafür ab, dass sich der Nachschub an Munition dadurch für alle Parteien schwieriger gestaltet. Die Regierungstruppen sollen jedoch in Bezug auf Waffen Zugriff auf üppige Reserven haben, während die Oppositionstruppen durch das Embargo von ihren üblichen Versorgungslinien abgeschnitten zu sein scheinen.

Ausblick

Für viele ist der Abschluss des R-ARCSS Anlass zu vorsichtigem Optimismus, und in der Tat kann das Abkommen zu einem Meilenstein im südsudanesischen Friedensprozess werden. Gleichzeitig bleibt die Sicherheitslage im Südsudan fragil, Gewalt gegen die Zivilbevölkerung und Menschenrechtsverletzungen halten an. Im Kontext ihres Schutzauftrages und ihrer Menschenrechtsarbeit unterliegt UNMISS immer wieder Einschränkungen der Bewegungsfreiheit ihrer Mitarbeiter. Anlass zur Sorge sind zudem Verzögerungen, die sich schon jetzt bei der Umsetzung des Abkommens zeigen. Die Erfüllung einiger Benchmarks der Vor-Übergangszeit liegt so weit hinter dem Zeitplan zurück, dass die Einrichtung einer Übergangsregierung bis Mai 2019 kaum möglich erscheint. Die Umsetzung des Schutzauftrags wie auch des politischen Auftrags von UNMISS muss daher weiter gestärkt werden.